

Zu Punkt der Tagesordnung

Antrag		0134/2012 öffentlich 16.02.2012
Datum	Gremium	Antragsteller/in
Ö 16.02.2012	Ratsversammlung	Ratsherr Landsiedel, FDP-Ratsfraktion
Betreff:		
Änderungsantrag zu TOP 10.5 der RV am 16.02.12 (DRS. 0091/2012) - "Kieler Energie- und Klimaschutzkonzept 2008"		

Änderungsantrag

Die Drs. 0091/2012 wird um folgenden Passus ergänzt:

Im Rahmen der Überarbeitung des Kieler Energie- und Klimaschutzkonzepts 2008 sind die folgenden Aspekte zu berücksichtigen:

1. **Interkommunale Zusammenarbeit prüfen**
Es werden zeitnah Gespräche mit den Nachbargemeinden geführt, um in einem neuen Konzept die Möglichkeiten einer interkommunalen Zusammenarbeit bei der Energiegewinnung und -versorgung auszuloten und zu berücksichtigen.
2. **Einbindung unserer Partner**
Es werden unverzüglich Gespräche nicht nur mit den Stadtwerken Kiel, sondern mit allen Akteuren (Gemeinschaftskraftwerk Kiel, Müllverbrennungsanlage Kiel usw.) geführt, um deren Expertise in der konzeptionellen und strategischen Ausrichtung zu berücksichtigen. Diese Unternehmen werden bei allen weiteren Fragestellungen umfassend in einem neuen Konzept eingebunden.
3. **Einsatz von Biomasse relativieren**
Biomasse wird nur im Rahmen von nicht flächengebundenen Reststoffen wie Gülle, Stalleinstreu, Reststroh, Holzabfallprodukte und Klärschlamm genutzt. Eine dahingehende Korrektur des vorliegenden Beschlusses wird in Abstimmung mit der Landwirtschaftskammer vorgenommen. Dabei wird ein Konzept zur Einbindung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger in die Umsetzung von Biogasanlagen erarbeitet. Bei der Standortwahl der dezentralen BHKW stellt die räumliche Nähe zum Ort der Entstehung der Biomasse ein entscheidendes Kriterium dar. Diese Aspekte werden in einem neuen Konzept zur klimaverträglichen Energieerzeugung und -versorgung für Kiel aufgenommen.

4. Möglichkeiten dezentraler Energieversorgung neu bewerten

Der Einsatz von Blockheizkraftwerken (BHKW) ist insofern neu zu bewerten, als auch andere Energieträger als Biomasse für diese dezentralen KWK-Anlagen zu berücksichtigen sind. Experten unserer Partner, insbesondere der Stadtwerke, sind einzubinden und die Ergebnisse werden in ein neues Konzept zur klimaverträglichen Energieerzeugung und -versorgung für Kiel aufgenommen.

5. Energieeinsparstrategie für Wärme und Strom konkretisieren

Die mit der Innovativen Bauausstellung InBa begonnenen Aktivitäten werden gemeinsam mit den Stadtwerken und anderen Partnern ausgebaut, ein eigenes Konzept zur Umsetzung der geforderten Standards in den städtischen Immobilien wird entwickelt und diese Vorschläge werden in ein neues Konzept zur klimaverträglichen Energieerzeugung und -versorgung für Kiel aufgenommen.

Begründungen:

Grundlage der Beschlussvorlage vom 31.05.2011, Drs.0461/2011, und dem Änderungsantrag der Kooperation war ein Gutachten, das aus unserer Sicht im Ergebnis nicht zielführend war und in folgenden Punkten erhebliche Mängel aufwies. In einem neuen Konzept sind diese Defizite zu beheben:

Zu 1. – Das Klimaverträglichen Energieerzeugungs- und Versorgungskonzept (EVKK – Ratsbeschluss vom 09.06.2011) berücksichtigt nicht hinreichend die Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit in den Fragen der Energiegewinnung und -versorgung. Chancen der Zusammenarbeit bei einer effizienten Energieerzeugung mit den Stadtwerken der Region werden vollständig ausgeblendet. Doch gerade in der regionalen Zusammenarbeit liegen realisierbare Effizienzgewinne. Gemeinden der benachbarten Kreise wurden weder befragt noch als denkbare Option in das Konzept eingebunden.

Zu 2.- Bei der Erstellung des Gutachtens zum Klimaverträglichen Energieerzeugungs- und Versorgungskonzepts (EVKK – Ratsbeschluss vom 09.06.2011) wurden wichtige Partner oder an diesen beteiligte Unternehmen nicht eingebunden. „Zum einen haben die Gutachter während der Erstellung auf Gespräche mit uns – als einem der Hauptakteure – verzichtet ... „ – dieser Satz in der Stellungnahme der Stadtwerke Kiel AG zeigt, wie unprofessionell dieses Gutachten erstellt wurde und die dort dargelegten Zahlen keinesfalls auf unumstrittenen Datenmaterial basieren, wie dies in den Stellungnahmen dieser Unternehmen deutlich wird.

Zu 3. - Das Gutachten zum Klimaverträglichen Energieerzeugungs- und Versorgungskonzepts (EVKK – Ratsbeschluss vom 09.06.2011) sieht ein erhebliches Potenzial von regional verfügbarer Biomasse zur Erzeugung von Biogas/Biomethan. Vorgeschlagen werden ein Biomasseheizkraftwerk (ca. 20 MW) auf Basis von Holzhackschnitzeln am Standort der MVK sowie vier bis fünf dezentrale Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK) an den Standorten Elmschenhagen, Wellsee, Grünes Herz, Russee und Schilksee-Süd mit einer Gesamtleistung von 8 bis 9 MW. Die Erzeugung von Biogas/Biomethan soll von einem „langfristig nachhaltigen Energiepflanzenanbau auf ca. 30 % der (Acker-) Fläche“ gespeist werden. Diese Vorstellungen sind aus Sicht der FDP-Ratsfraktion unrealistisch und nicht realisierbar. Der Einsatz von Biomasse darf nicht dazu führen, dass es zu einer Flächenkonkurrenz mit dem Anbau von landwirtschaftlichen Produkten wie Mais, Getreide oder Ölsaaten und damit zu einer Erhöhung der Lebensmittelpreise kommt. Weitere Probleme sind die Entstehung von Monokulturen, die Belastung des Grundwassers durch zusätzliche Düngungen, da zunehmend bisher stillgelegte Flächen wieder einer intensiveren Nutzung zugeführt werden. Die Landwirtschaftskammer bestätigt eindrucksvoll, dass die vorgelegten Zahlen zur Verfügbarkeit von Biomasse vollkommen unhaltbar sind: „Wir haben jedoch erhebliche Bedenken

bezüglich der Tragfähigkeit und Realisierungsmöglichkeit der in der Studie getroffenen Annahmen zur Flächen und Rohstoffverfügbarkeit“. Die in der Studie vorgesehene Menge wird auf ca. 680.000 t geschätzt, die Landwirtschaftskammer geht von einer maximalen in der Region zur verfügbar stehenden Biomasse von 130.000 t aus, also lediglich 20%!

Zu 4. - Wie einem mündlichen Vortrag bei der Vorstellung des Gutachtens zum Klimaverträglichen Energieerzeugungs- und Versorgungskonzepts (EVKK – Ratsbeschluss vom 09.06.2011) zu entnehmen war, weisen laut Gutachter kleinere, dezentrale BHKW im Vergleich zu größeren Anlagen sowohl ökologisch als auch ökonomisch schlechtere Werte aus. Schon aus diesem Grund ist eine Dezentralisierung auf eine Vielzahl von BHKW im Stadtgebiet nicht sinnvoll und muss deshalb in jedem Einzelfall gründlich geprüft werden. Da die Gutachter diese BHKW „vorrangig“ als Biogasanlagen betreiben wollen und wie bereits dargestellt die Gutachter von unrealistischen Mengen von regional zur Verfügung stehender Biomasse ausgehen, ist dieser Aspekt im Gutachten vollkommen neu zu untersuchen und zu bewerten.

Zu 5. - Der steigende Verbrauch von Heizenergie und Strom betrifft sowohl die Kleinverbraucher als auch die Gebäude der öffentlichen Hand. Deshalb ist die geforderte Vermittlung von Wissen über Energiespartechniken und Hinweise zur praktischen Ausführung sicherlich ein richtiger Weg, allerdings sollte hier die Landeshauptstadt Kiel mit gutem Vorbild vorangehen.

gez. Helmut Landsiedel
Fraktionsvorsitzender

f. d. R. Peter Helm
Fraktionsgeschäftsführer